

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer, Thomas Gehring, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Kampf gegen Corona VII: Jetzt Schulen für den Herbst fit machen - Unterricht und Förderung**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Schüler\*innen haben drei Schuljahre hinter sich, die von der Corona-Pandemie geprägt waren. Die Defizite aus diesen Jahren werden auch im kommenden Herbst noch nicht ausgeglichen sein. Darum stehen das Nachholen von Basiswissen und das Festigen von Schlüsselqualifikationen im Vordergrund. Zudem müssen Schüler\*innen auch weiterhin bedarfsgerecht gefördert werden, um ihre individuellen Lücken zu schließen. Insbesondere soziales Lernen wird nach den Einschränkungen durch die Pandemie wichtiger. Darüber hinaus darf die psychische Gesundheit der Schüler\*innen nicht aus dem Blick geraten.

Die Staatsregierung wird darum aufgefordert, folgende Maßnahmen bezüglich des Unterrichts und der Förderung der Schüler\*innen umzusetzen:

- Bereits eingeführte kurzfristige Maßnahmen zum Ausgleich von Corona-Defiziten müssen langfristig verstetigt und mit entsprechendem Personal ausgestattet werden. Dafür braucht es eine entsprechende Verankerung im Haushalt.
- Der Lehrplan muss an diese neuen Voraussetzungen angepasst, zum Teil gestrafft und an anderer Stelle flexibler werden. Die Frage, was Schüler\*innen wirklich lernen müssen, um im Studium oder in der Berufsausbildung zu bestehen, soll wieder mehr in den Fokus rücken.
- Gemeinschaftsstiftende Erlebnisse wie Wanderungen, Klassenfahrten, Schullandheimaufenthalte u.Ä. müssen wieder vermehrt ermöglicht werden, indem der Staat hier finanziell (z. B. bei Stornokosten) und auch rechtlich unterstützt.
- Es müssen wissenschaftlich evaluierte Präventionsprogramme zur psychischen Gesundheit an den Schulen fest verankert werden. Zudem muss ein Finanzierungsvorschlag für zusätzliche Stellen vorgelegt werden, der sowohl den Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulen sowie die Einstellung von Lehrkräften zur Schaffung von mehr Beratungszeit für Schulpsycholog\*innen berücksichtigt.
- Regelmäßiger persönlicher Kontakt zu den Lehrkräften muss auch im Falle von Distanzunterricht, z. B. durch Videosprechstunden, sichergestellt sein.

## **Begründung:**

Der Ausfall von Präsenzunterricht während der Corona-Pandemie trug dazu bei, dass bei vielen Schüler\*innen seit dem ersten Lockdown im März 2020 immer größere Wissenslücken festgestellt werden konnten. Die Schulschließungen haben dazu geführt, dass vor allem Schüler\*innen aus bildungsfernen Haushalten die Bildungsverlierer\*innen der Pandemie wurden und sind. Zusätzliche, vom Staat angebotene Förderangebote sind daher unerlässlich, um die Kinder und Jugendlichen dabei zu unterstützen, die pandemiebedingten Wissenslücken zu schließen und somit für mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Lernangebote jenseits des normalen Schulbetriebs stellen eine wichtige Ergänzung des normalen Unterrichts dar, um Schüler\*innen individuell zu fördern und zu unterstützen. Die Staatsregierung steht daher in der Pflicht, dass alle Kinder und Jugendliche, die Bedarf an diesen Fördermaßnahmen haben, diese auch angeboten bekommen und in Anspruch nehmen können. Nur so wird verhindert, dass Lernlücken sich über Jahre festsetzen und es durch die Pandemie eine nicht unerhebliche Anzahl von Bildungsverlierer\*innen gibt.

Die Corona-Pandemie sollte aber auch als Chance betrachtet werden, um das in die Jahre gekommene System zu überarbeiten. Dass die Lehrpläne anders gestaltet werden müssen, zeigt auch die aktuelle Schulleitungsstudie von Cornelsen. Die Schulleitungen wünschen sich eine Überarbeitung des Fächerkanons sowie mehr fächerübergreifenden und projektorientierten Unterricht.

Soziales Lernen wird wichtiger. Der zugewandte Umgang miteinander, Rücksicht und Empathie sind in Teilen der Gesellschaft während Corona zurückgegangen. Schule muss verhindern, dass sich Kinder zu ichbezogenen Erwachsenen entwickeln. Darum müssen neben sozialen Lernformen wie Gruppenarbeit auch gemeinschaftsstiftende Erlebnisse wieder vermehrt stattfinden. Derartige Projekte waren in den letzten Jahren rückläufig aufgrund hoher Kosten, Haftungsfragen und aufgrund des Lehrkräftemangels. Das muss sich wieder ändern.

Die Ergebnisse der COPSYS-Studie, die das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf am 9. Februar 2022 veröffentlicht hat, zeigen, dass mehr als ein Drittel der Kinder und Jugendlichen sich im Herbst 2021 sehr eingeschränkt durch die Pandemie-Maßnahmen in ihrer Lebensqualität sahen. Acht von zehn Kindern fühlten sich durch die Pandemiemaßnahmen belastet. Das Risiko für psychische Auffälligkeiten wie depressive Verstimmungen und Angsattacken hat sich gegenüber vor der Pandemie um 10 Prozentpunkte erhöht und stagniert seitdem auf hohem Niveau. Darum müssen die Kinder und Jugendlichen weiterhin gut in den Schulen unterstützt und vor psychischen Erkrankungen geschützt werden, indem die Schulsozialarbeit an allen Schulen weiter ausgebaut wird und auch die Schulpsycholog\*innen mehr Zeit für Beratungen und Prävention bekommen.

---

## **Fraktionsvotum:** Keine Angabe

<i>Gruppe:</i>	<i>Votum:</i>	<i>Erfasst von:</i>	<i>Erfasst am:</i>
<b>AK3</b>	Zustimmung	Rösch, Henri	10.05.2022

---

## **Vorstand**

## **Standardgruppe**